

Regierungsratsbeschluss

vom 25. Februar 2025

Nr. 2025/268

KR.Nr. K 0040/2025 (FD)

Kleine Anfrage Anna Engeler (Grüne, Starrkirch-Wil): Zunahme von Firmenkonkursen aufgrund des geänderten Schweizerischen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Per Anfang 2025 trat eine Anpassung im Schweizerischen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht in Kraft. Neuerdings muss über Firmen, die ihre Schulden beim Staat nicht bezahlen, zwingend ein Konkursverfahren eröffnet werden. Weniger drastische Mittel wie Pfändungen dürfen nicht mehr angewandt werden. Der Bund, Gemeinden und Kantone sind, nicht zuletzt aufgrund von gewährten Unterstützungsgeldern in der Pandemie, schweizweit die grössten Gläubiger. Es ist zu erwarten, dass Firmenkonkurse mit dieser Änderung im Schweizerischen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht zunehmen werden.

Dazu bitte ich den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie sieht das Mengengerüst der eröffneten, laufenden und abgeschlossenen Konkursverfahren über die letzten zehn Jahre aus? Welche Entwicklung konnte beobachtet werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Pandemie?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation im Kanton Solothurn im Nachgang an die Gesetzesänderung ein? Gibt es Analysen, ob und in welchem Ausmass eine Zunahme der Firmenkonkurse erwartet wird?
3. Wie ist der Kanton personell aufgestellt, um allfällige zusätzliche Konkursverfahren zu bearbeiten?
4. Kann auf kantonaler Ebene ein Zusammenhang von Firmenkonkursen aufgrund von nicht zurückgezahlten Krediten, die während der Pandemie gewährt wurden, festgestellt werden? Wie stehen diese im Verhältnis zu Konkursen aus anderen Gründen?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Damit Schuldnerinnen und Schuldner sich nicht durch einen missbräuchlichen Konkurs ihrer finanziellen Verpflichtungen entledigen können, hat der Bundesrat eine Gesetzes- und Verordnungsänderung (Bundesgesetz über die Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses) vorgenommen und die Art. 43 Ziffer 1 und Ziffer 1^{bis} SchKG (Ausnahmen von der Konkursbetreibung) aufgehoben. Er hat die Gesetzesänderung an seiner Sitzung vom 25. Oktober 2023 auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Dadurch unterliegen alle Forderungen von öffentlich-rechtlichen Gläubigern den gleichen Regeln wie jene privater Gläubiger und sind somit der Konkursbetreibung unterstellt.

Öffentlich-rechtliche Gläubiger (Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern; Mwst, SUVA, AHV u.a.) müssen deshalb ihre Forderungen nicht wie bis anhin auf dem Weg der Betreibung auf Pfändung, sondern auf dem Weg der Betreibung auf Konkurs eintreiben. Nach dem Zahlungsbefehl folgt die Konkursandrohung und schliesslich das Konkursbegehren beim zuständigen Gericht. Dadurch soll verhindert werden, dass überschuldete Unternehmen, trotz chronischer Nichtzahlung von öffentlich-rechtlichen Schulden, weiterbestehen können. Öffentlich-rechtliche Gläubiger waren bisher nur bei besonderen Sachverhalten berechtigt, die Konkursöffnung zu beantragen, wodurch bei überschuldeten Unternehmen ein sachfremder Anreiz geschaffen wurde, namentlich ihrer Pflicht zur Bezahlung ihrer öffentlich-rechtlichen Schulden nicht nachzukommen.

Zu den Fragen

3.1.1 Zu Frage 1:

Wie sieht das Mengengerüst der eröffneten, laufenden und abgeschlossenen Konkursverfahren über die letzten zehn Jahre aus? Welche Entwicklung konnte beobachtet werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Pandemie?

Die nachstehende Tabelle über die letzten 10 Jahre zeigt das Mengengerüst der Konkurse. Die Spalte Total Konkurse enthält nebst den im Handelsregister (HR) eingetragenen Firmen noch die ausgeschlagenen Erbschaften, die Konkurse nach Art. 731b OR sowie die Privatkonkurse. Die Spalte der pendenden Verfahren zeigt den jeweiligen Stand per 31. Dezember.

Jahr	Konkurse			
	Total	davon im HR eingetragen	Erledigungen	pendente Verfahren
2015	488	218	435	224
2016	425	162	441	278
2017	470	183	435	262
2018	485	207	525	298
2019	516	217	544	258
2020	451	147	455	230
2021	534	191	499	226
2022	572	213	529	261
2023	601	220	576	327
2024	692	271	652	367

Obwohl die Zahlen der Konkursöffnungen sehr volatil sind, kann eine kontinuierliche Zunahme der Konkursöffnungen, insbesondere ab 2021, festgestellt werden. Einzig im Jahr 2020 war, aufgrund der Massnahmen in der Corona-Pandemie, ein Rückgang der Konkursöffnungen zu verzeichnen.

3.1.2 Zu Frage 2:

Wie schätzt der Regierungsrat die Situation im Kanton Solothurn im Nachgang an die Gesetzesänderung ein? Gibt es Analysen, ob und in welchem Ausmass eine Zunahme der Firmenkurse erwartet wird?

Eine Beurteilung der Situation ist schwierig. Der Regierungsrat geht jedoch davon aus, dass die Konkursöffnungen auch im Kanton Solothurn, zumindest temporär, in erheblichem Umfang zunehmen werden. Entscheidend wird sein, in welchem Umfang die Gläubiger ihre Forderungen

auf dem Weg der Betreuung auf Konkurs tatsächlich durchsetzen werden. Eine Analyse, ob und in welchem Ausmass eine Zunahme der Firmenkonkurse erwartet wird, liegt nicht vor und würde auch kaum verlässliche Informationen liefern.

3.1.3 Zu Frage 3:

Wie ist der Kanton personell aufgestellt, um allfällige zusätzliche Konkursverfahren zu bearbeiten?

Im Hinblick auf die unklare Situation (siehe Antwort zu Frage 2) wurden per 1. Januar 2025 bzw. per 1. Februar 2025 beim Kantonalen Konkursamt drei Mitarbeitende neu angestellt. Die Situation wird laufend beobachtet und bei Bedarf muss die Anzahl Mitarbeitende erhöht werden. Aktuell arbeiten beim Kantonalen Konkursamt 26 Personen mit einem Pensum von total 22,6 Vollzeitäquivalent.

3.1.4 Zu Frage 4:

Kann auf kantonaler Ebene ein Zusammenhang von Firmenkonkursen aufgrund von nicht zurückgezahlten Krediten, die während der Pandemie gewährt wurden, festgestellt werden? Wie stehen diese im Verhältnis zu Konkursen aus anderen Gründen?

Auf kantonaler Ebene kann kein Zusammenhang von Firmenkonkursen aufgrund von nicht zurückgezahlten Krediten, die während der Pandemie gewährt wurden, festgestellt werden.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Finanzdepartement
Leitung Amtschreibereien
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat